AUS DER EUROKRISE GEHT ES NUR

MIT DEM GREEN NEW DEAL!

Wie NRW von einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell profitiert

SVEN GIEGOLD

Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

3 ÖL-, GAS- UND ROHSTOFFABHÄNGIGKEIT TREIBEN DIE VERSCHULDUNG
4 Europa hat die Energiewende verschlafen
6 EU-Bürger zahlen die Rechnung für ein nicht nachhaltiges Wirtschaftsmodell
7 Abhängigkeit von fossilen Energieträgern gefährdet Wirtschaftsaufschwung
8 Rohstoffabhängigkeit belastet Schuldenländer besonders stark
10 Deutschland kann seine Ölabhängigkeit überwinden
12 Ressourcenkrise auch in NRW?

14 DER GREEN NEW DEAL FÜR EUROPA, DEUTSCHLAND UND NRW
15 Green New Deal in Europa
19 Energiewende in Deutschland ist machbar
22 Was bedeutet der Green New Deal konkret für NRW?
23 Der Check. Grüne Maßnahmen in NRW: Rückblick und Ausblick

IMPRESSUM:

Sven Giegold MdEP
Europabüro NRW
Jahnstr. 52
D-40215 Düsseldorf
sven.giegold@europarl.europa.eu
www.sven-giegold.de

Herausgeber: Sven Giegold
Redaktion: Sven Giegold, Sebastian Mack, Julia Bieber
V.i.S.d.P.: Sven Giegold
Gestaltung: Sophie Pouille I acidludic.com
Druck: Hans-Jürgen Weber, Druck und Werbung

1. AUFLAGE

Finanziert durch: Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament
Kontakt: sven.giegold@europarl.europa.eu

ÖL-, GAS- UND ROHSTOFFABHÄNGIGKEIT TREIBEN DIE VERSCHULDUNG

Die EU-Mitgliedstaaten müssen immer mehr für den Import von fossilen Energieträgern (Öl, Gas und Kohle) und anderen nicht-erneuerbaren Rohstoffen aufwenden. Der Einbruch der Weltwirtschaft 2008/2009 hat hier nur eine Verschnaufpause gebracht. Die hohen Importe von Öl, Gas und anderen Rohstoffen haben zur Verschuldung einiger EU-Mitgliedsländer einen großen Beitrag geleistet. Von Natur aus ist Europa - abgesehen von überschaubaren Öl-, Erdgas- und Kohlevorkommen - ein rohstoffarmer Kontinent und folglich stark abhängig von Importen aus anderen Teilen der Welt.

Die Abhängigkeit von Rohstoffen jedweder Art ist Teil unseres auf materiellen Konsum ausgerichteten Wirtschaftsmodells. Ökonomisch besonders bedeutend ist der Import von Öl, da wir es nicht nur zur Energieproduktion nutzen, sondern weil es auch die Basis zahlreicher Industrieprodukte ist. Die stetig wachsende Abhängigkeit von endlichen Rohstoffen bereitet Anlass zur Sorge - zumal sich angesichts von wachsender Nachfrage aus Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien der Trend steigender Preise weiter fortsetzen wird.

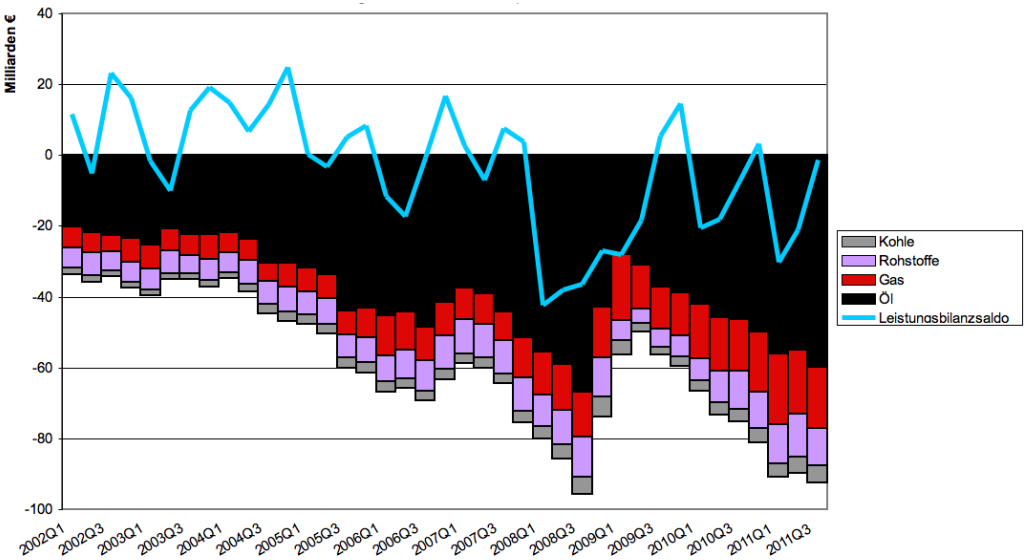
Ein mit Verve betriebener Green New Deal, also einer aktiven Politik für eine sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft, würde das Gros der teuren Importe hinfällig machen. Durch weniger Auslandsverschuldung könnten sich makroökonomische Ungleichgewichte verringern und das würde helfen, den Euro zu stabilisieren.

EUROPA HAT DIE ENERGIEWENDE VERSCHLAFEN

Ein Blick auf die einzelnen Länder offenbart, dass kein europäischer Staat von dieser Abhängigkeit ausgenommen ist. Während des Einbruchs der Weltwirtschaft nach dem Fall von Lehman Brothers 2008 gingen in der Eurozone - parallel zu den 27 EU-Staaten - die Importe von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen vorübergehend zurück. Den Tiefpunkt markierte das zweite Quartal 2009 mit rund 50 Mrd. €. Doch schon im dritten Quartal 2011 summierten sich die Kosten für Einfuhren bereits wieder auf knapp 93 Mrd. € und erreichten damit in etwa das Vorkrisenniveau - obwohl die Konjunktur in den meisten der 17 Euroländern nach wie vor lahmt.

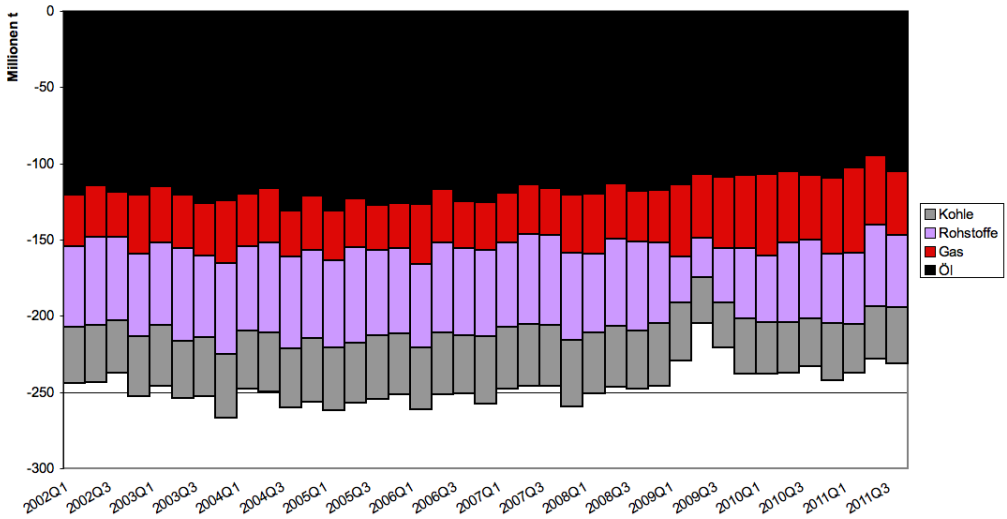
Binnen Jahresfrist von Oktober 2010 bis September 2011[1] betrug das Leistungsbilanzdefizit[2] der Eurozone rund 49 Mrd. €. Dem gegenüber stehen Ausgaben für den Import von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen in Höhe von 354 Mrd. €, also etwa das Siebenfache des Leistungsbilanzdefizits (2). Hier fordern die rohstoffhungrigen Industrienationen Deutschland, Frankreich und Italien ihren Tribut.

Steigende Kosten für fossile Energieträger und Rohstoffe
Eurozone: Leistungsbilanz und Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mrd. Euro



Während die importierte Menge von Öl, Gas und Kohle über die letzten zehn Jahre weitestgehend unverändert geblieben ist, nahmen die Kosten für Einfuhren deutlich zu. Die Euroländer sind mit ihren Bemühungen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern, nicht wirklich vorangekommen. Aufgrund der Preissteigerungen der letzten Jahre gingen die Aufwendungen für Importe deutlich nach oben, was für viele Euroländer die Auslandsverschuldung - erkennbar an einer negativen Leistungsbilanz - erhöht.

Eurozone kann Importmengen nicht nachhaltig senken
EU-17: Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen



Im Vergleich zu ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind die mittel- und osteuropäischen Länder besonders stark auf den Import von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen angewiesen. Die derzeitigen Schuldenländer Irland, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland schneiden kaum besser ab, auch sie fahren durch die Importe von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen hohe Leistungsbilanzdefizite ein. Diese Importabhängigkeit erklärt einen großen Teil der Nettoneuverschuldung gegenüber dem Ausland. Aber selbst Volkswirtschaften, die einen Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaften, sind vor dem Problem der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen nicht gefeit.

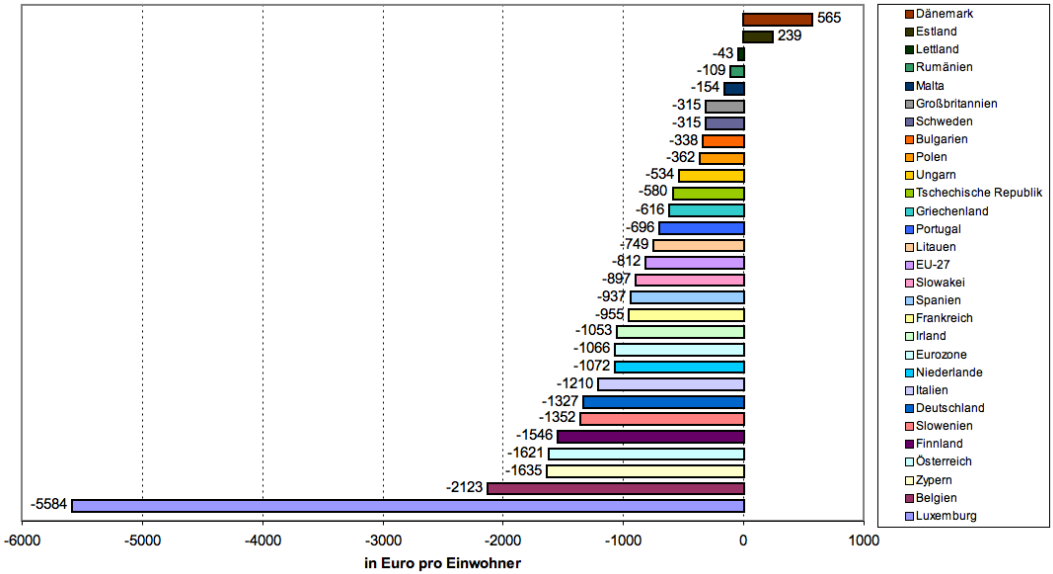
1. Die letzten europaweit erhältlichen Daten (Eurostat).
2. Ein Leistungsbilanzdefizit bedeutet – vereinfacht gesagt – dass die Importe von Gütern und Dienstleistungen höher waren als die Exporte. Zur Finanzierung des Defizits muss sich ein Land in der Regel im Ausland verschulden.

EU-BÜRGER ZAHLEN DIE RECHNUNG FÜR EIN NICHT NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSMODELL

Schon jetzt schlagen die Kosten für die Einfuhr von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen pro Kopf in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten mit durchschnittlich 812 € pro Jahr zu Buche. Deutschland als Industrieland liegt mit 1327 € pro Person deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die Daten werden natürlich durch die unterschiedliche Industrieaktivität und grenzüberschreitenden Handel verfälscht. Trotzdem geben sie eine erste Orientierung.

Wie die internationale Energieagentur IEA jüngst errechnet hat, werden die europäischen Verbraucher 2012 so viel wie noch nie für Energie aufwenden müssen: Allein für Heizen, Beleuchtung, Kochen und Transport werden sie elf Prozent ihres verfügbaren Einkommens ausgeben. 2011 waren es noch neun Prozent, der historische Mittelwert liegt bei sechs bis sieben Prozent.

Verbraucher müssen für Importe tief in die Tasche greifen
Ausgaben (-) / Einnahmen (+) durch Öl, Gas, Kohle, Elektrizität und endliche Rohstoffe (10/2010-09/2011)



ABHÄNGIGKEIT VON FOSSILEN ENERGIETRÄGERN GEFÄHRDET WIRTSCHAFTSAUFSCHWUNG

Die Europäische Union bezieht als Nettoimporteur etwa 53% ihrer Primärenergie von Staaten außerhalb Europas. Hauptbezugsländer sind Russland, das 33% unseres Öls und 40% unseres Erdgases liefert, und Norwegen, das 16% unseres Öl- und 23% unseres Gasbedarfs befriedigt. Durch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wird die EU anfällig für politische Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine. Zudem belasten hohe und schwankende Ölpreise die Wirtschaft der EU. Neuere Untersuchungen der Internationalen Energieagentur (IEA) zeigen, dass die Kosten für Ölimporte für die Mitgliedsländer der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahr 2010 rasant um 200 Mrd. Dollar auf 790 Mrd. Dollar gestiegen sind. In der IEA-Analyse wird festgestellt, dass diese Kostensteigerung die OECD-Länder 0,5% ihres gesamten Bruttoinlandsproduktes kostet.

Für das Jahr 2011 geht die IEA davon aus, dass die Kosten für Nettoölimporte in die EU 2,8% des BIP betragen werden, was ebenfalls eine deutliche Steigerung bedeutet: Von 2000 bis 2010 beliefen sich die Kosten für Nettoöleinfuhren auf durchschnittlich 1,7% des BIP. Damit belasten die hohen Preise für fossile Energieträger nicht nur die Verbraucher, sondern gefährden ernsthaft die wirtschaftliche Entwicklung - und damit auch Arbeitsplätze.

„Die Ölpreise erreichen eine gefährliche Zone für die Weltwirtschaft" warnt der IEA-Chefökonom Dr. Fatih Birol. „Die Ölimportrechnungen entwickeln sich zur Gefahr für den Wirtschaftsaufschwung. Die Stabilität der Weltwirtschaft steht auf dem Spiel, weil die Ölpreise diese ‚Gefahrenzone' erreicht haben." Allerdings macht ein derartiger Ölpreisanstieg Energiesparmaßnahmen kosteneffizienter. Europas Abhängigkeit von fossilen Energieimporten wird bis 2020 auf 62% des Gesamtenergieverbrauchs ansteigen. Die Importabhängigkeit kann jedoch geringer ausfallen, wenn Energieeffizienz und Energiesparen groß geschrieben würden.

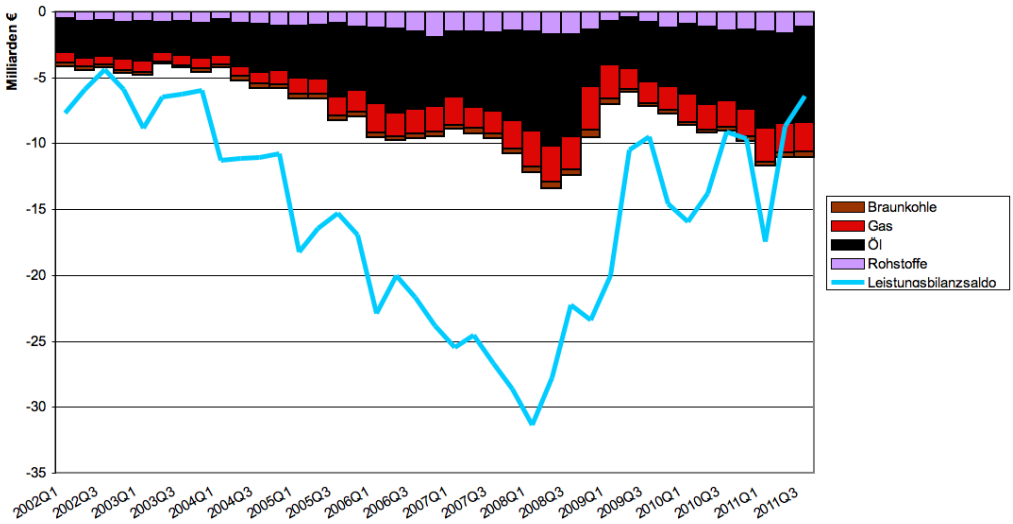
Die Europäische Kommission schätzt, dass eine Erhöhung des Klimaschutzziels auf 30% bis 2020 Kosteneinsparungen bei Öl- und Gaseinfuhren von jährlich 14,1 Mrd. € bringen würde. Die Gesamtersparnisse verglichen mit dem Ausgangswert belaufen sich auf 45,5 Mrd. €. Diese Zahlen zu Kosteneinsparungen sind höchstwahrscheinlich noch zu niedrig angesetzt, da sie auf der Basis eines Ölpreises von 88,4 Dollar pro Fass im Jahr 2020 errechnet wurden, während der Ölpreis heute bereits über 90 Dollar liegt und weiter steigt.

ROHSTOFFABHÄNGIGKEIT BELASTET SCHULDENLÄNDER BESONDERS STARK

Für die derzeitigen Schuldenländer Portugal, Italien, Griechenland, Irland und Spanien sind die teuren Importe von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen besonders schmerzhaft. Da insbesondere die Einfuhren von Öl und Gas in den letzten Jahren - abgesehen vom konjunkturbedingten Rückgang 2008/09 - ungebremst weiter wuchsen, erreichten die Leistungsbilanzdefizite teilweise besorgniserregende Höhen.

Offensichtlich haben es auch die Krisenstaaten in der Vergangenheit versäumt, ihr Wirtschaftsmodell auf teurer werdende Ressourcen einzustellen und eine Energiewende einzuläuten. Obwohl die Wirtschaftsleistung der Schuldenländer noch immer deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus liegt, haben ihre Ausgaben für den Import von fossilen Energieträgern und anderen nicht-erneuerbaren Rohstoffen schon fast wieder die Höhe von 2007 erreicht. Diese Importabhängigkeit erklärt einen großen Teil der Neuverschuldung gegenüber dem Ausland.

Spanien: Öl, Gas und Kohle treiben die Verschuldung
Leistungsbilanz und Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mrd. Euro



Die Stabilisierung des Euros entscheidet sich letztlich in Italien und Spanien. Beispielhaft sei Spanien herausgegriffen, wo die Lage besonders verheerend aussieht. 50% der Jugendlichen sind arbeitslos, während der Staat gegen die Krise anspart. Analog zur Entwicklung in der Eurozone gingen mit der Rezession die Importe fossiler Energieträger kurzfristig zurück. Seither gelang es Spanien immerhin, seine Gasimporte einigermaßen konstant zu halten. Die Leistungsbilanz ist jedoch noch immer deutlich negativ.

Schuld daran sind die Kosten für die Öleinfuhren, die sich in den vergangenen drei Jahren wieder massiv ausweiteten, von 3,4 Mrd. € (Q1 2009) auf zuletzt 7,2 Mrd. € (Q3 2011). Die Abhängigkeit vom schwarzen Gold ist in Spanien fast so groß wie nie, obwohl die Wirtschaft auch 2011 lahmt. Ohne den Anstieg der Kosten für Importe von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen wäre die Leistungsbilanz praktisch ausgeglichen und Spanien müsste sich nicht mehr weiter verschulden. Dass die Anpassung der Leistungsbilanz noch nicht gelang, ist also alleine schon durch die gestiegenen Ölimportkosten zu erklären!

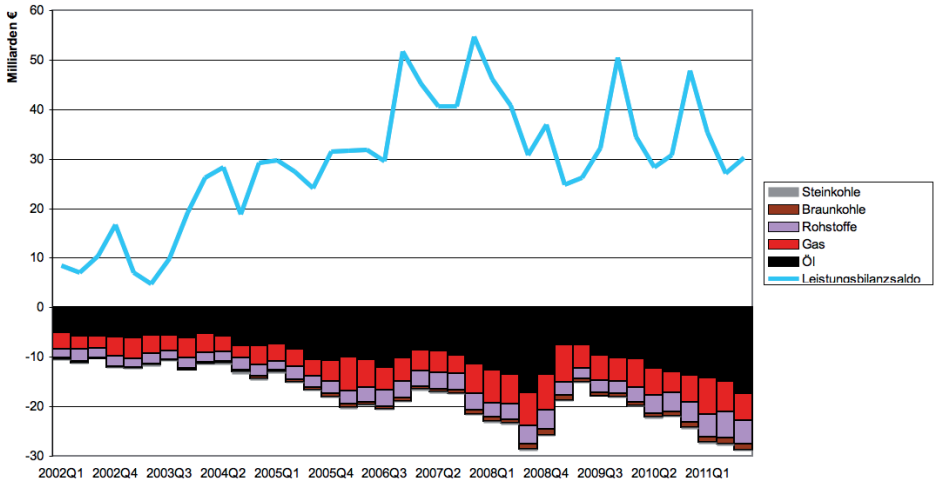
Der Vorwurf, die Schuldenländer hätten in der Vergangenheit «über ihre Verhältnisse» gelebt, bedarf folglich einer Präzisierung: Sie haben über ihre ökologischen Verhältnisse gelebt - und tun es weiterhin. Die in allen Krisenländern eingeleiteten Sparanstrengungen zur Sanierung der öffentlichen und privaten Haushalte verpuffen somit nahezu wirkungslos. Zur Lösung der Schuldenproblematik in den Krisenländern braucht es Reformen, die den Energie- und Rohstoffhunger ihres nicht nachhaltigen Wirtschaftsmodells bändigen.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir die Rechnung für unsere rückständige Energie- und Wirtschaftspolitik nicht mehr bezahlen können. Eine neue Wachstumspolitik für die Eurozone kann ökonomisch wie ökologisch nur erfolgreich sein, wenn sie die Abhängigkeit von Importen endlicher Energieträger und Rohstoffe absolut und nachhaltig senkt. Ohne Green New Deal – keine Eurorettung.

DEUTSCHLAND KANN SEINE ÖLABHÄNGIGKEIT ÜBERWINDEN

Deutschland als rohstoffarmes Industrieland ist besonders auf Importe angewiesen. Von Oktober 2010 bis September 2011 verbuchte der Exportweltmeister zwar einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von knapp 141 Mrd. €. Gleichzeitig mussten wir für den Nettoimport von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen gut 108 Mrd. € aufwenden, was im Überschuss schon enthalten ist. Da in der Zukunft mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen ist, werden auch die Kosten für Einfuhren weiter zunehmen. Von den direkten Auswirkungen der Eurokrise blieben wir bis jetzt weitgehend verschont. Doch ohne große Anstrengungen gegen unsere Rohstoff-Abhängigkeit droht hierzulande womöglich bald eine Energiekrise.

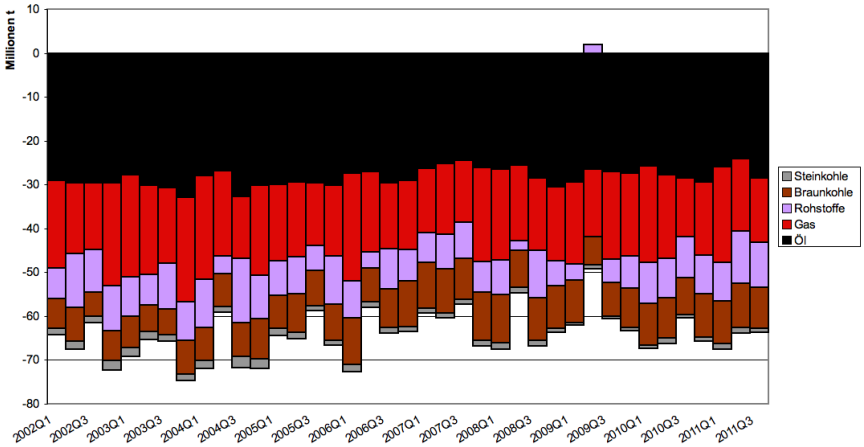
Steigende Importkosten belasten den Exportweltmeister
Deutschland: Leistungsbilanz und Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mrd. Euro



Denn auch in Deutschland ist der Energiehunger weitgehend ungezügelt. Zwar steigt der Anteil der Erneuerbaren Energien hierzulande beständig, doch eine Trendwende konnte bislang nicht erreicht werden. Man kann allenfalls von einer dämpfenden Wirkung auf die notwendigen Importe fossiler Energieträger sprechen. Die Materialeffizienzsteigerungen in der Industrie sowie die Einsparungen durch Gebäudesanierungen wurden von der stetig wachsenden Produktion vollständig aufgefressen. Die Trendwende ist erst dann erreicht, wenn weniger fossile Energieträger und nicht erneuerbare Rohstoffe importiert werden müssen.

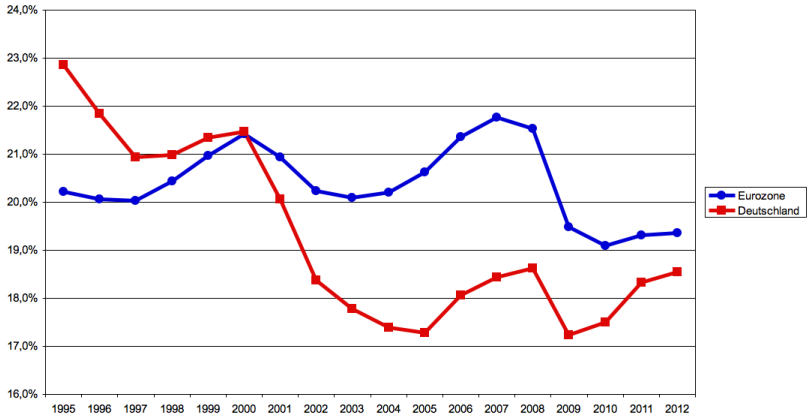
Während die Einfuhren von Gas und Kohle in den vergangenen Jahren halbwegs stabil blieben, stiegen die Kosten für Ölimporte kontinuierlich an: von 7,5 Mrd. € (Q2 2009) auf jüngst 17,3 Mrd. € (Q3 2011). Da die eingeführte Menge an Öl nahezu unverändert blieb, ist der Kostenanstieg auf Preiserhöhungen zurückzuführen.

Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und Rohstoffen ungebrochen
Deutschland: Nettoexporte (+) / Nettoimporte (-) auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen



Entwarnung kann auch deshalb nicht gegeben werden, weil der Leistungsbilanzüberschuss seinen Grund in einer hohen Sparquote bei gleichzeitig geringer Investitionsrate findet. Angesichts des demographischen Wandels der deutschen Gesellschaft ist eine hohe Sparneigung nicht überraschend. Jedoch wird das gesparte Geld nicht in Deutschland investiert, sondern fließt ins Ausland. Und das, obwohl keineswegs sicher ist, ob diese Auslandsinvestitionen und -kredite wirklich mit Erträgen zurückfließen werden.

Geringe Investitionsquote kostet Zukunftschancen
Deutsche Bruttoinvestitionen in Prozent des BIP

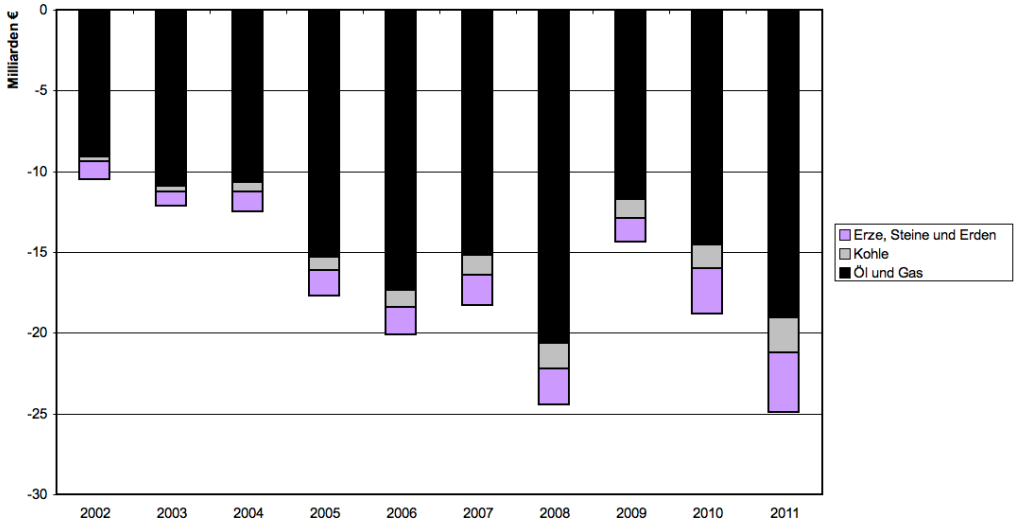


Langfristig schränkt die geringe Investitionsfreude in jedem Fall das Wachstumspotenzial der Bundesrepublik ein. Kurz gesagt: Noch können wir unsere Energierechnung bezahlen, aber ohne strukturelle Reformen und einen Umbau der Energieerzeugung wird dies in Zukunft schwieriger.

RESSOURCENKRISE AUCH IN NRW?

Nordrhein-Westfalen ist ein traditionsreiches Industrieland, historisch geprägt von Kohle, von Stahl- und Stromerzeugung, mit herausragenden Stärken unter anderem im Anlagenbau und in der Chemie. In einem Ranking der 27 EU-Staaten würde Nordrhein-Westfalen, gemessen an der Wirtschaftsleistung, Platz 7 einnehmen, weltweit Platz 25. Gleichzeitig basiert auch die nordrhein-westfälische Wirtschaftsleistung auf einer hohen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern.

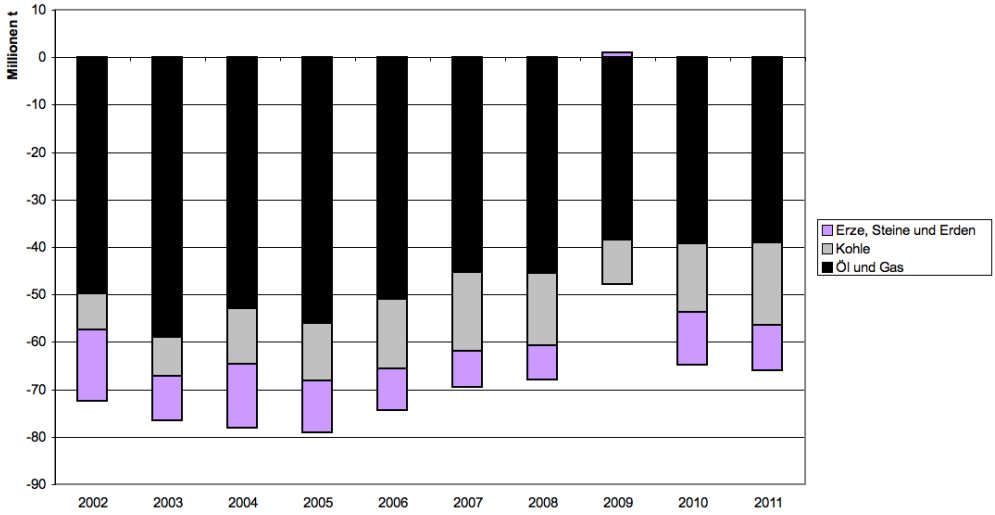
NRW gibt immer mehr für Energie und Rohstoffe aus
Nordrhein-Westfalen: Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mrd. Euro



Nach dem Rückgang der Einfuhren fossiler Energieträger und anderer endlicher Rohstoffe im Jahr 2009 verharren die Importmengen von Öl und Gas auf dem Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine echte Trendwende ist jedoch nicht ersichtlich, denn dazu müssten die eingeführten Mengen sinken. Außerdem nahmen die Kohleimporte sowohl mengen- als auch wertmäßig innerhalb der letzten drei Jahre deutlich zu. Durch die Preissteigerungen der letzten Jahre bei Öl und Gas - bei nahezu konstanter Menge - zogen damit insgesamt die Importkosten seit der Rezession wieder spürbar an. An der deutlichen Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern führt kein Weg vorbei. Kurzfristig orientierte Kompromisse zugunsten von Kohle- und Ölabhängigkeit werden uns langfristig teuer zu stehen kommen.

Gleiches gilt für andere nicht-erneuerbare Rohstoffe: Im Sog der wirtschaftlichen Erholung in den letzten drei Jahren nahmen auch die Importe von Erzen, Steinen und Erden zuletzt wieder erkennbar zu. Demnach gibt es auch auf dem Gebiet der Rohstoffeffizienz noch großes Verbesserungspotenzial. NRW symbolisiert damit sowohl die gewaltigen Herausforderungen wie auch die großen Chancen, die der Green New Deal bietet. Um diese Chancen zu nutzen und den ökologischen Umbau des Landes zu schaffen, muss das industrielle Herz Deutschlands grün werden!

Importbedarf in NRW gebremst, aber Trendwende steht noch aus
Nordrhein-Westfalen: Nettoexporte (+) / Nettoimporte (-) auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen



DER GREEN NEW DEAL FÜR EUROPA, DEUTSCHLAND UND NRW

Die vorangehenden Daten zeigen, dass ein erheblicher Teil der wirtschaftlichen Probleme der Euroländer auf den Import fossiler Energieträger und nicht-erneuerbarer Rohstoffe zurückzuführen ist.

Würde es gelingen, durch einen Umbau der Energieversorgung zumindest auf einen bedeutsamen Teil dieser Einfuhren zu verzichten, fielen die Defizite in den Leistungsbilanzen der Schuldenländer geringer aus und die Eurozone würde um einiges stabiler. Neben dem positiven Effekt auf die Leistungsbilanz aller EU-Länder schafft die Energiewende neue Arbeitsplätze und sorgt durch langfristig stabile Energiepreise für eine Entlastung insbesondere der unteren und mittleren Einkommensschichten. Denn sie müssen einen überproportional großen Anteil ihres Einkommens für Energie aufwenden.

Die Energiewende trägt somit dazu bei, die unheilvolle Spirale aus immer mehr Schulden und immer stärkerem Klimawandel mit seinen unkontrollierbaren Folgen zu durchbrechen. Um teure Energieträger-Importe zu vermeiden, setzt der Green New Deal an drei Stellen an: Investitionen in erneuerbare Energien, höhere Energieeffizienz und Energiesparen.

Zunächst muss durch den Ausbau von Wind-, Wasser-, Photovoltaik- und Solarkraftwerken, Geothermie und eine nachhaltige Nutzung von Biomasse die Energie in Zukunft aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen werden. Sie verursachen nur sehr niedrige Treibhausgasemissionen. Daneben muss durch die energetische Sanierung von Gebäuden, sparsamere Autos und generell Ressourcen schonende Produktionsprozesse der Einsatz von Energie effizienter gestaltet werden. Schließlich muss auch unser Lebenswandel dahingehend überprüft werden, wo Energie eingespart werden kann. Langfristig wird dies nicht ohne eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von statten gehen. Schlüssige Mobilitätskonzepte stellen öffentliche Transportmittel in den Mittelpunkt. Auch die industrielle Landwirtschaft mit ihrer hohen Nutzung fossiler Energieträger gehört grundlegend verändert.

GREEN NEW DEAL IN EUROPA

EUROPA: EINE ERSTE BILANZ

Der Green New Deal war im Europawahlkampf 2009 für viele Wählerinnen und Wähler ein attraktives wirtschaftspolitisches Konzept. Zwei Jahre später ist es an der Zeit, zu fragen, wie weit wir Grüne mit unserer Green New Deal-Strategie seither gekommen sind. Um es vorweg zu nehmen: Die Bilanz fällt gemischt aus. Als Europafraktion ist es uns einerseits gelungen, den Green New Deal zu einem Eckpunkt unserer Arbeit zu machen (siehe: www.greennewdeal.eu).

Trotzdem können wir noch längst nicht zufrieden sein, denn die Politik der EU orientiert sich nicht an diesem Leitbild. Bei den Rettungsprogrammen für Banken und Staaten spielten ökologische und auch soziale Belange praktisch keine Rolle. Die Chance, den hunderte Milliarden schweren Einsatz öffentlicher Gelder für eine Transformation der Wirtschaft zu nutzen, wurde verpasst.

EU 2020-STRATEGIE UND DARÜBER HINAUS

Im Jahr 2010 beschloss die Europäische Union ihre neue Leitstrategie „EU 2020". Darin wird neben Zielen des Wirtschaftswachstums, der Bildung und Armutsbekämpfung das 20%-Ziel für die Treibhausgasminderung bis 2020 festgeschrieben. Damit ist die Strategie 2020 deutlich ausgewogener als die zuvor gescheiterte Lissabon-Strategie. Die EU 2020-Strategie bleibt jedoch hinter einem Green New Deal zurück und das nicht nur konzeptionell. Alles, was sie positiv verspricht, erweist sich praktisch als unfinanziert oder wenigstens unterfinanziert.

Die Strategie «EU 2020» muss Europa zur treibenden Kraft der grünen Revolution des 21. Jahrhunderts machen, die eine menschliche Entwicklung mit den physischen Grenzen des Planeten Erde vereinbar macht. Dazu wollen wir, dass ein verbindliches EU-Treibhausgasminderungsziel von -30% bis 2020 festgeschrieben wird.

| FÜR EIN EUROPÄISCHES INVESTITIONSPROGRAMM ZUR ÖKOLOGISCH-SOZIALEN TRANSFORMATION

Wie oben gezeigt, leiden Krisenländer wie Griechenland, Portugal und Spanien nicht nur an einem zu hohen Konsumniveau nach einer verschuldungsgetriebenen Blase, sondern werden auch von steigenden Zins- und Ölimportkosten erdrückt. Die Sparprogramme erzwingen zurecht die notwendige Verminderung des Konsums auf ein Niveau, das der eigenen Produktivität entspricht. Die Zinsen steigen jedoch genauso an wie die Preise für Öl, Gas und Rohstoffe. Daher brauchen die Krisenländer nicht nur dauerhaft Zugang zu zinsgünstigen Krediten, sondern auch Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

Nachhaltiges Wachstum ist für Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal eine Grundbedingung für den Ausweg aus der Krise. Wir Grüne fordern, die Sparmaßnahmen in den Empfängerländern mit einem Investitionsprogramm im Sinne unseres Green New Deal zu flankieren. Die ökologische Transformation bietet den Krisenländern eine Zukunftsperspektive und kann die Europäische Union auf den Weg einer nachhaltigen, grünen Wettbewerbsfähigkeit bringen. Dazu können sowohl die derzeit ungenutzten Mittel der EU-Strukturfonds verwendet werden, als auch eine Ausweitung der Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank.

| GRÜNE INDUSTRIEPOLITIK IN EUROPA

2011 konnten wir Grüne im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) besondere Akzente rund um den Green New Deal setzen. Der Bütikofer-Bericht zur Europäischen Rohstoffstrategie war für die europäische Industrie und unsere Transformation zu einer effizienten, kohlestoffarmen Wirtschaft von besonderer Bedeutung. In diesem Rahmen machte der Bericht eine ganze Reihe von grünen industriepolitischen Vorschlägen, um Ressourceneffizienz und Wiederverwertung voran zu treiben. Er forderte zum Beispiel die Europäische Kommission auf, mittel- und langfristige Ziele zur Verbesserung der Ressourceneffizienz zu vereinbaren sowie die Ökodesign-Richtlinie nicht nur auf den Energieverbrauch zu begrenzen, sondern auch auf den Rohstoffverbrauch zu erweitern.

Entwicklungspolitische Maßnahmen standen auch im Fokus des Berichtes. So wird ausdrücklich erwähnt, dass die Ressourcensouveränität von Entwicklungsländern geachtet werden muss. In Zukunft soll verbindlich werden, dass Unternehmen bei Rohstoffabbau alle Zahlungen an Staaten veröffentlichen müssen, um Korruption zu erschweren.

SOZIALER AUSGLEICH & SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN

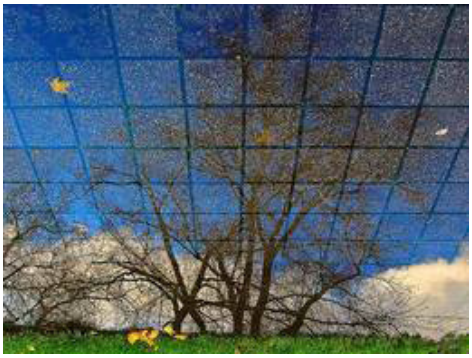
Zu einem Green New Deal gehört auch die gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Durch die konsequente Besteuerung von Kapitaleinkommen und Umweltbelastung einerseits und eine Vermögensabgabe andererseits wollen wir den Ausbau sozialer Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit finanzieren. Darüber hinaus unterstützen wir den Ausbau der Sozialen und Solidarischen Ökonomie wie Genossenschaften, soziale Unternehmen und den fairen Handel. Die ökologische Transformation der Wirtschaft beruht dagegen vor allem auf der Mobilisierung privater Investitionen. Mehr zur sozialen Seite des Green New Deal finden Sie auf: www.greennewdeal.eu

MEHR ARBEITSPLÄTZE FÜR EUROPA

Effiziente Ressourcennutzung und Technologien mit niedrigem CO2-Ausstoß sind die wichtigsten Triebkräfte einer sozial-ökologischen Transformation. Sie stoßen Innovationen an und sorgen für Wettbewerb auf dem Gebiet einer nachhaltigen Produktion. Die Europäische Union ist bereits sehr erfogreich darin, aus einem wachs-enden ökologischen Marktsegment Nutzen zu ziehen.

Damit Europa seine Vorreiterrolle beim techno-logischen Wandel verteidigt, muss es seine Klimapolitik entschieden fortsetzen. Bereits jetzt schaffen ökologische Zukunftsindustrien tausende Arbeitsplätze und zählen mit einem jährlichen Zuwachs von 5-8% zu den boomenden Sektoren der EU-Wirtschaft. Ehrgeizige Regulierungsmaßnahmen auf EU- und nationaler Ebene (wie z.B. in Dänemark, Spanien und Deutschland) haben den gesetzlichen Rahmen für das rasante Wachstum bei umweltverträglichen Arbeitsplätzen gesetzt.

Schon heute schaffen die europäischen Öko-Industrien 3,4 Mio. Vollzeitarbeitsplätze. Das sind zehnmal so viele wie im Stahlsektor der EU des Jahres 2007. Der Umwelt-Industriesektor erwirtschaftet 2,5% des EU-BIP. Zudem haben europäische Unternehmen mit 30% Weltmarktanteil bei ökologischen Zukunftsbranchen eine Ausnahmestellung inne, bei erneuerbaren Energien beträgt der Anteil am Weltmarkt sogar fast 40%.



Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Sicherung von bestehenden Arbeitsverhältnissen steckt in der Ökologisierung bestimmter Sektoren ein riesiges Potenzial zum Erreichen der Klima-, Energie- und Umweltziele. Die hohen Einsparmöglichkeiten einer ökologischeren Bauweise werden klar, wenn man sich vor Augen hält, dass Gebäude einen Anteil von 42% des gesamten Energie-Endverbrauchs der EU haben und für 35% der Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich sind. Mehr als 50 % aller Materialien, die aus der Erde gefördert werden, werden im Bauprozess verwendet.

Da die Bauindustrie derzeit der größte industrielle Arbeitgeber in Europa ist, können staatliche und private Ausgaben für die umweltschonende Ausrichtung von Gebäuden, insbesondere durch eine energetische Sanierung bereits existierender Gebäude, erheblichen zusätzlichen Nutzen im Hinblick auf Energieeinsparungen und Arbeitsplatzmöglichkeiten bringen und auch gesundheitliche Verbesserungen erreichen.

Schätzungen zufolge würden auf Energieeffizienz getrimmte Gebäude jährlich 460 Mio. Tonnen an Treibhausgasemissionen einsparen, den Ölverbrauch um 3,3 Mio. Fass täglich senken und 530.000 Arbeitsplätze schaffen. Laut einer Studie der Europäischen Kommission bedeutet die Einsparung einer Million Tonnen Öl-Equivalent die Schaffung von etwa 1.000 direkten Arbeitsplätzen.

2005 beschäftigte der Erneuerbare Energien-Sektor direkt und indirekt knapp 1,4 Mio. Menschen in der Europäischen Union. Würde die EU ihre Reduktionsziele auf 30% bis 2020 nach oben schrauben, so ginge dies mit der Schaffung von mehr als 2 Mio. zusätzlichen Arbeitsplätzen einher.

DIE ENERGIEWENDE IN DEUTSCHLAND IST MACHBAR

EIN NEUES FUNDAMENT FÜR UNSERE WIRTSCHAFT

Deutschland muss die Finanz- und Wirtschaftskrise als Chance zur ökologischen Modernisierung der Industrie nutzen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes liegt trotz der Entwicklung zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft nach wie vor bei 24 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und setzt mit 6 Millionen Beschäftigten jährlich mehr als 1.600 Mrd. € um. Die industrielle Produktion ist das Fundament der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Der Umbau zu einer kohlenstoffarmen, Ressourcen schonenden Wirtschaftsweise muss besonders die industriellen Strukturen einbeziehen. Hier entstehen noch immer die meisten CO2-Emssionen, hier liegen noch große Potentiale für Energieeinsparungen und Effizienzsteigerungen.

Allerdings wird dieser Wechsel nicht von selbst kommen. Dazu braucht es aktive Politik. Während ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen (wie z. B. der Emissionshandel) Anreize für eine nachhaltige Entwicklung setzt und öffentliche Investitionen die Infrastrukturen als Basis für einen solchen Umbau schaffen, wird grüne Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen moderieren. Mit gezielten Förder- und Forschungsprogrammen (wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz), mit zielgenauen staatlichen Vorgaben (wie z. B. CO2-Grenzwerten für PKW) oder ökologischen Nachfrageimpulsen (z. B. durch öffentliche Beschaffungen) schaffen wir neue Investitionschancen für Unternehmen und können so die notwendige Umbaudynamik anstoßen.

100% ERNEUERBARE ENERGIEN

Das wichtigste Industrie- und wirtschaftspolitische Ziel der nächsten zwei Jahrzehnte ist der völlige Umstieg auf Erneuerbare Energien bei der Strom- und Energieproduktion. Bis 2020 setzen wir auf einen Anteil von mindestens 40 Prozent bei der Stromproduktion und 30 Prozent bei der Wärmeproduktion. Notwendig sind dafür ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien, aber auch entschiedene Anstrengungen bei der Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung.

Das lohnt sich doppelt: Es schützt das Klima und schafft neue Jobs. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien wird einen tiefgreifenden Innovationsprozess entfachen und hunderttausende neue Arbeitsplätze schaffen und sichern: Windkraftwerke, Solar- und Photovoltaikanlagen, Biomassekraftwerke müssen entworfen, produziert, installiert und gewartet werden. Neue intelligente Stromnetze müssen entwickelt und flächendeckend aufgebaut werden. Häuser müssen wärmegedämmt, Produktionsprozesse energiesparend umgebaut werden. Neue Jobs entstehen also nicht nur in den Erneuerbare-Energien-Industrien, sondern auch im Maschinenbau, im Handwerk und im Baugewerbe.

Der Bau neuer Kohlekraftwerke muss gesetzlich unattraktiv gemacht und der Atomausstieg konsequent fortgesetzt werden. Vor allem aber braucht es Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Durch ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz werden wir den Energieverbrauch deutlich reduzieren. Für die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern und ihren Anteil bis 2020 an der Stromerzeugung auf 30 Prozent erhöhen (Quotenmodell).

LEITBILD RESSOURCENEFFIZIENZ

Materialkosten verursachen im produzierenden Gewerbe rund 40 Prozent der Kosten, Personal nur etwa 25 Prozent. Die Preisexplosionen in den letzten Jahren auf den Rohstoffmärkten haben die Lohnkostenentwicklung zeitweise vollständig in den Schatten gestellt. Der Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften und auf geschlossene Stoffkreisläufe kommt also nicht nur der Umwelt zugute, sondern stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Unternehmen können durch steigende Materialeffizienz Kostenersparnisse von kurzfristig mehr als 2 Prozent erzielen.

Mit einer Ressourcenabgabe wollen wir den Innovationsdruck zu Ressourcen schonenden Produkten verstärken und das Impulsprogramm Materialeffizienz weiter ausbauen, um Energieeffizienz zu erweitern und als Impulsprogramm effiziente Produktion insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen attraktiver zu machen. Erleichterter Zugang für Beratungen durch die deutsche Materialeffizienzagentur in Verbindung mit speziellen Förderprogrammen auch im Bereich der Mikrokredite könnten einen Run auf ressourceneffiziente Maschinen auslösen.

Die Entwicklung intelligenter Mess- und Regelungstechnik („Smart Metering") ist eine Voraussetzung für material- und energieeffiziente Produktion und eine Senkung des privaten Verbrauchs. Wir setzen auf einen dynamischen Effizienzstandard, bei dem die energiesparendsten Haushaltsgeräte den Standard vorgeben, den künftig alle Anbieterinnen und Anbieter einhalten müssen (Top-Runner-Modell). Eine bessere Energieberatung, klare Energieverbrauchskennzeichnung und strenge Hersteller-Vorgaben für den maximalen Energieverbrauch sollen Verbraucherinnen und Verbrauchern den Kauf von sparsamen Geräten erleichtern.

GREEN CAR

Das Auto und auch die deutsche Automobilindustrie haben nur eine Zukunft, wenn ihre Produkte klimaverträglich werden. Daran hängen hunderttausende Jobs. Nur wer mit umwelt-verträglichen Autos auf dem internationalen Markt präsent ist, hat wirtschaftlich eine Zu-kunft. China hat schon heute strengere CO2-Grenzwerte für PKW als die EU. Damit zukünftig die innovativsten und effizientesten Autos in Europa vom Band rollen, müssen wir die Emissionswerte für Neuwagen rasch absenken. Der durchschnittliche CO2-Grenzwert soll bis 2020 auf 80 Gramm pro Kilometer abgesenkt und 2030 abermals deutlich darunter liegen. Der fortgesetzte Widerstand der deutschen Bundesregierung erweist der Automobilindustrie letztlich einen Bärendienst. Die Privilegien für große spritschluckende Dienstlimousinen wollen wir bei der Kfz- und Dienstwagenbesteuerung streichen und sparsame Autos begünstigen. Wir wollen ein flächendeckendes Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen einführen, auch um das Wettrüsten um die stärksten Motoren zu beenden.

Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus Erneuerbaren Energien ist annähernd klimaneutral, leise, schadstofffrei und löst unsere Abhängigkeit vom Öl. Wir wollen dafür sorgen, dass bis 2020 mindestens zwei Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Dafür legen wir ein Marktanreiz- und Forschungsprogramm in Höhe von 500 Millionen € jährlich auf.

GRÜNE CHEMIE

Die chemische Industrie trägt in erheblichem Maße dazu bei, Treibhausgase zu emittieren. Kein Wunder, denn die wichtigste Ressource der chemischen Industrie ist nach wie vor das Erdöl. Ihre Produktionsprozesse sind aber auch jenseits der Klimaproblematik ausgesprochenressourcenintensiv.

Die chemische Industrie hat aber auch ein gewaltiges Potential zur Lösung drängender Probleme. Erneuerbare Rohstoffe ersetzen die ölbasierte Chemie. Neue Werkstoffe setzen auf neue chemischen Verbindungen und können dazu beitragen, schwere, endliche und nur mit erheblichen Umweltfolgen abzubauende Rohstoffe zu ersetzen. Biotechnologische Verfahren ersetzen umweltschädliche Produktionsprozesse. Recycling ist ohne chemische Prozesse in den seltensten Fällen möglich. Chemie kann helfen, Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen oder den Verkehr sauberer zu machen. Elektroautos können nur mit einer leistungsstarken und effizienten Batterie auf dem Markt bestehen.

Die Chemieindustrie ist in Deutschland ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Sie gibt rund 440.000 Menschen Lohn und Brot. Auch deshalb sind wir gut beraten, eine leistungsfähige Chemieindustrie in Deutschland zu halten und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

WAS BEDEUTET DER GREEN NEW DEAL KONKRET FÜR NRW?

| GRÜNE INDUSTRIEPOLITIK

NRW kann mit seinen industriellen Stärken ein Kompetenzzentrum für die Bewältigung der Klima- und Umweltschutzprobleme sein. Diese Chance muss genutzt werden. Für uns steht fest: Umweltfreundliche Technologie ist der Markt der Zukunft. Wir wollen NRW zu einer Marke für Energie-, Ressourcen- und Materialeffizienz machen. Mit diesem Profil werden sich unsere Unternehmen Wettbewerbsvorteile auch auf internationalen Märkten sichern und so zukunftsorientierte Arbeitsplätze anbieten können. Das geschieht aber nicht im Alleingang, sondern nur durch eine konsequente Ausrichtung aller politischen Maßnahmen auf die Durchsetzung eines ökologischen Umbaus.

| GRÜNE BESCHAFFUNG

Rohstoffe und Energie machen heute knapp 40% der Kosten in der Industrie aus. Ein weiterer Anstieg ist zu erwarten. Grüne Beschaffung ist deshalb enorm wichtig. Für viele Unternehmen ist Grüne Beschaffung bereits heute ein wichtiges Thema. Als größte Einkäufer in Deutschland sind zudem Bund, Länder und Gemeinden gefordert, eine Vorbildrolle einzunehmen, für sich selbst Sparpotenziale zu nutzen und die Nachfrage hin zu ökologischen und sozialen Produkten zu lenken. Ziel der Beschaffung des gesamten Bedarfs der Städte, Gemeinden und Landesverwaltungen muss die ökologische und soziale Nachhaltigkeit sein.

| GRÜNE ENERGIEPOLITIK

NRW riskiert, im Bereich der konventionellen Stromerzeugung viele Jobs zu verlieren, wenn es weiterhin die Dinosaurier der Branche bevorzugt und den Weg für erneuerbare Energien damit versperrt. Das Potential für die Schaffung neuer Jobs im Bereich der Erneuerbaren Energien muss genutzt werden. Die Märkte der Zukunft sind nicht mehr an einen Standort gebunden. NRW läuft Gefahr, deindustrialisiert zu werden, wenn politische Ignoranz weiter dominiert.

Für die drei großen Bereiche Strom, Gebäude und Verkehr müssen daher bis 2050 weitestgehend emissionsfreie Alternativen gefunden werden. Für die Mobilität ist Elektromobilität die Schlüsseltechnologie, mit Vorrang für die Schiene. Im Strombereich muss vollständig auf alternative Energien umgestiegen werden und das Passivhaus wird Standard für neue Gebäude, wie auch für sanierte Altbauten werden müssen. Dies sind wirklich revolutionärere Veränderungsprozesse, aber sie sind überlebensnotwendig.

KEINE NEUEN KOHLEKRAFTWERKE

Betrachtet man die neuen Bauprojekte und den Weiterbetrieb von Bestandsanlagen, wird die Leistung des fossilen Kraftwerkparks von heute 28 auf 32 Gigawatt im Jahr 2020 steigen. Im selben Zeitraum sollen aber die klimaschädlichen Emissionen um 40 Prozent verringert werden. Wenn NRW weitermacht wie bisher, wird das Gegenteil der Fall sein. Wir sind deshalb gegen den Neubau von Kohlekraftwerken, sei es in NRW oder anderswo. Stattdessen sollen die Kraft-Wärme gekoppelte Stromerzeugung und Erneuerbare Energien gefördert werden.

AUSBAU DER KWK

Vor allem in den Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme – muss stark investiert werden. Die KWK erreicht Wirkungsgrade von 90 Prozent und mehr. Die geplanten Kohle- Kondensationskraftwerke hingegen erreichen nur 40 Prozent. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss die KWK ausgebaut werden. Bis 2020 soll in ganz Deutschland laut Bundesregierung 25 Prozent des Stroms aus der KWK kommen; in NRW sind es derzeit nur 10 Prozent. Aufgrund der Bevölkerungs- und Industriedichte gibt es hier aber sehr gute Voraussetzungen, um den KWK-Anteil mit effizienter Nutzung der Wärme zu erhöhen.

SONNE, WIND UND WASSER

In NRW kann alleine der Anteil der Windenergie an der Stromproduktion bis 2020 15 Prozent ausmachen, was einer Verfünffachung des heutigen Anteils entspräche. Dieses Ziel ist nur erreich-bar, wenn die Höhenbeschränkungen für Windkraftanlagen abgeschafft werden. Die Kommunen sollen die Entscheidungsgewalt über Windkraft-Konzentrationsflächen behalten, Tabuzonen oder sonstige kontraproduktive Restriktionen der Landesregierung müssen beendet werden. Die Kommunen würden dadurch zusätzlich Steuern einnehmen. Wird zukünftig mehr in Erneuerbare Energien investiert, entstehen Arbeitsplätze. Auch das ausführende Handwerk und innovative Dienstleister werden stark vom Ausbau der Erneuerbaren Energien profitieren.

| GEBÄUDESANIERUNG: WÄRMEDÄMMUNG

Für das Heizen unserer Wohnungen und Häuser wird immer noch unnötig Energie verschwendet: Bessere Wärmedämmung würde bei ungefähr 85% der 8,3 Mio. Wohnungen in NRW zu einer Effizienzsteigerung führen. Mit einer besseren Wärmedämmung und wenigen baulichen Veränder-ungen kann hier viel Energie gespart werden. Das ist auch sozial, denn vor allem Geringverdiener sitzen in schlecht gedämmten Mietswohnungen. Derzeit werden weniger als 1% der Häuser und Wohnungen pro Jahr saniert. Werden hier keine Veränderungen vorgenommen, wird es über 100 Jahre dauern, um den gesamten Wohnungsbestand durchzusanieren.

Deshalb muss die jährliche Sanierungsquote verdreifacht werden. Diese Maßnahmen werden belebende Effekte auf das Bauhandwerk haben. Bedenkt man die rückläufige Neubautätigkeit, so kann die Sanierung der Gebäude als ein gut angelegtes Konjunkturprogramm angesehen werden.

DER CHECK. GRÜNE MASSNAHMEN IN NRW: RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2010 haben wir GRÜNE begonnen, das Land ganz im Sinne des Grünen New Deals zu erneuern. Obwohl die rot-grüne Koalition keine eigene Mehrheit im Landtag hatte, wurden von uns viele Projekte angestoßen und wichtige Entscheidungen für die Zukunft des Landes gefällt. Die grüne Regierungsbilanz für einen Green New Deal in NRW kann sich trotz der schwierigen Bedingungen einer Minderheitsregierung sehen lassen:

> Klimaschutzgesetz

Im Juni 2011 haben wir das erste Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Reduktionszielen in Deutschland vorgelegt, das wir in der kommenden Legislaturperiode verabschieden wollen. Das Klimaschutzgesetz ist eine Leitentscheidung für die nächsten Jahrzehnte und fordert unter anderem den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das Gesetz sieht außerdem vor, dass Treibhausgasemissionen in NRW bis 2020 um mindestens 25% und bis 2050 um mindestens 80% gegenüber 1990 reduziert werden. Damit wird NRW einen wichtigen Beitrag leisten, damit die Bundesrepublik und die EU ihre Klimaschutzziele erreichen.

> Klimaschutz-Start-Programm

Im Oktober 2011 haben wir in unserer Regierungsverantwortung zudem ein umfangreiches Klimaschutz-Start-Programm beschlossen. Das Maßnahmenpaket beinhaltet mehrere hundert Millionen Euro an Fördergeldern und Krediten, wovon beispielsweise 200 Mio. € jährlich in die energetische Gebäudesanierung fließen. 250 Mio. € sollen für ein Impuls-Programm „Kraft-Wärme-Kopplung" investiert werden Weitere Maßnahmen des Start-Programms sind: Eine erste Selbstverpflichtung der Landesregierung zur Verwirklichung der Klimaneutralität, die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung oder eine Stromsparinitiative für einkommensschwache Haushalte. Bis Ende des Jahres sollen alle geplanten Maßnahmen des Klimaschutz-Start-Programms eingeleitet worden sein.

> Klimaschutzplan

Im rot-grünen Kabinett beschlossen wir am 1. Oktober 2011 erste Eckpunkte für einen Klimaschutzplan, der mit einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung erarbeitet werden soll. Zentrales Ziel des Plans ist neben der sektoralen, regionalen und zeitlichen Konkretisierung der Klimaschutzziele vor allem die Erarbeitung von Maßnahmen und Strategien zur Erreichung dieser im Klimaschutzgesetz festgeschriebenen Klimaschutzziele. Der Klimaschutzplan wird erstmals im Jahr 2012 erstellt und dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt.

> Neuer Windenergie-Erlass

Als wichtigen Baustein der neuen Klimaschutz- und Energiepolitik haben wir Grüne innerhalb der Landesregierung den neuen Windenergie-Erlass in Kraft gesetzt. Statt Windkraft zu verhindern, wollen wir Grüne bis 2020 den Anteil der Windenergie an der Stromversorgung auf 15% vervierfachen. Der neue Erlass hat dafür viele Hürden abgebaut. Gleichzeitig ist die Windenergie ein wichtiger wirtschaftlicher Wachstumsmotor, insbesondere im Maschinen- und Anlagenbau. Der Windenergie-Erlass hat also nicht nur umweltpolitisch betrachtet positive Effekte, sondern fördert auch eine zukunftsfähige Branche, die mit 26.000 Beschäftigten bundesweit mehr als acht Milliarden Euro erwirtschaftet.

> Grüne Beschaffung: Ein Tariftreue- und Vergabegesetz für NRW

Am 26. Januar haben wir im Landtag gemeinsam mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DER LINKEN ein Tariftreue- und Vergabegesetz für das Land NRW verabschiedet. Mit diesem Gesetz wird es in Zukunft einen fairen Wettbewerb um das wirtschaftlichste Angebot bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geben, bei dem vor allem die Sozialverträglichkeit, der Umweltschutz und die Energieeffizienz sowie die Qualität und Innovation der Angebote berücksichtigt werden sollen. Das Vergabegesetz ist damit ein weiterer wichtiger Schritt zur Umsetzung des Green New Deal in NRW, so wie es sich Rot-Grün im Koalitionsvertrag vorgenommen hatte.

| WEITERE GRÜNE PROJEKTE FÜR DEN GREEN NEW DEAL IN NRW:

> Schlüsseltechnologie Kraft-Wärme-Kopplung

Eine im Juli 2011 vom grünen NRW-Umweltministerium vorgelegte Potenzialstudie kommt zu dem Ergebnis, dass durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) 35% der CO2-Emissionen und Rohstoffe eingespart werden könnten, wenn Elektrizität und Wärme gleichzeitig produziert würden. Daher hat die Landesregierung ein Impuls-Programm „Kraft-Wärme-Kopplung" in Höhe von 250 Mio. € verabschiedet, das der Schlüsseltechnologie KWK zum Durchbruch verhelfen soll.

> Potenzialstudie Erneuerbare Energien

Im Mai dieses Jahres werden die ersten Ergebnisse einer Potenzialstudie zu den Erneuerbaren Energien in NRW vorliegen, die das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen derzeit erarbeitet. Die Studie wurde vom grün-geführten NRW-Klimaschutzministerium in Auftrag gegeben und wird die Standortsuche im Bundesland erleichtern.

> Neue Energieinfrastruktur für die Energiewende

In NRW sind derzeit etwa 400 Kilometer neue Übertragungsnetze und eine Vervierfachung der Pumpspeicherkapazitäten in Planung. Über intensive Gespräche mit Projektträgern, betroffenen Bürgern und Planungsbehörden werden wir Grüne diesen Prozess moderieren und Interessen zum Ausgleich bringen.

> Wärmenetze verbinden

Wir wollen die Fernwärmeunternehmen im Ruhrgebiet dabei unterstützen, Möglichkeiten für eine technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuloten.

> Entwicklung innovativer Umwelt- und Klimaschutz-Technologien

Zur Verbesserung der Ressourcen-Effizienz wurden im Rahmen des Wettbewerbs „Ressource.NRW" 28 Projekte bewilligt, die 67 Mio. € unternehmerische Investitionen ausgelöst haben. EU und das Land Nordrhein-Westfalen steuern Fördermitteln in Höhe von rund 26 Millionen Euro bei.

WWW.GREENNEWDEAL.EU

WWW.SVEN-GIEGOLD.DE

Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament